

v. Papen mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

Ein Kabinetts der nationalen Konzentration.

Berlin, 31. Mai. (Telunion.) Amlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing heute Herrn v. Papen und erteilte ihm den Auftrag zur Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration. Herr v. Papen hat diesen Auftrag angenommen.

Die Ministerliste von Papens.

Berlin, 31. Mai. (Telunion.) Herr v. Papen hat für die verschiedenen Ministerien folgende Persönlichkeiten in Aussicht genommen:

Innere: Freiherr v. Gahl,
Außere: Vosschaster v. Neurath,
Reichswehr: General v. Schleicher,
Wirtschaft: Warmboldt,
Arbeit: Goerdeler,
Landwirtschaft: v. Lünigk,
Post: Schägcl.

Herr v. Papen wird die in Frage kommenden Persönlichkeiten im Laufe des morgigen Tages empfangen, um an sie die Frage zu richten, ob sie bereit sind, die angetragenen Ämter zu übernehmen.

Unbesetzt sind nach dieser Ministerliste noch das Finanzministerium, das Justizministerium und das Verkehrsministerium.

Wie verlautet, wird der neue Reichskanzler Herr von Papen aus der Zentrumspartei ausgeschieden.

In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es Herrn v. Papen gelingen wird, sein Kabinetts noch am Mittwoch zustande zu bringen.

Die neuen Kabinettsmitglieder.

Franz von Papen

wurde am 29. Oktober 1879 in Berl in Westfalen geboren. Er war Offizier der früheren Wehrmacht, zunächst im Düsseldorf 5. Infanterie-Regiment. 1911 wurde er in den Großen Generalstab berufen. Während des Krieges war er Militärattache bei der Deutschen Botschaft in Washington. Nach dem Kriege nahm er seinen Abschied und wurde 1921 im Wahlkreis Westfalen-Nord in den preussischen Landtag gewählt, wo er zum rechten Flügel des Zentrums gezählt wurde. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender und Besitzer der „Germania“.

Wilhelm Freiherr von Gahl

der im 53. Lebensjahr steht, entstammt einer alten preussischen Offiziersfamilie. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften war er zunächst in der preussischen Verwaltung tätig und übernahm im Jahre 1909 die Leitung der ostpreussischen Landgesellschaft, eines gemeinnützigen Siedlungsunternehmens für die Provinz Ostpreußen. Im Kriege, an dem er aktiv teilnahm, wurde er im Jahre 1916 Chef der Abteilung für innere Politik und innere Verwaltung beim Oberbefehlshaber Ost. Nach dem Umsturz organisierte er vom Januar 1919 ab den Schutz Ostpreußens gegen die Bolschewisten. Im Jahre 1920 führte er als Reichs- und Staatskommissar die Abstimmung im ostpreussischen Abstimmungsgebiet durch. Seit 1921 ist er Mitglied des preussischen Staatsrats und Bevollmächtigter Ostpreußens im Reichsrat. Er ist Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, hat aber weder Parteiämter übernommen noch sich an der Agitation beteiligt.

Freiherr Constantin von Neurath

der am 2. Februar 1873 geboren wurde, trat nach dem Studium der Rechtswissenschaften in den Konsulardienst ein und war in den Kriegsjahren Botschaftsrat in Konstantinopel. Im Jahre 1917 erfolgte seine Berufung zum Kabinettschef des Königs von Württemberg. Im Jahre 1919 trat er wieder in den diplomatischen Dienst ein und ging zunächst als Gesandter nach Kopenhagen; von 1922 bis zum Mai 1923 war von Neurath Botschafter am Quirinal in Rom. Dann übernahm er das Botschafteramt in London, das er bis zum heutigen Tage bekleidet.

Generalleutnant von Schleicher

der vor wenigen Wochen das 50. Lebensjahr vollendete, begann seine militärische Laufbahn im Kadettenkorps und wurde im Kriege vor allem im Generalstab verwendet. Nach dem Kriege zur Reichswehr übernommen, wurde er im Jahre 1924 zum Oberstleutnant befördert und am 1. Februar 1926 zum Abteilungsleiter im Reichswehrministerium ernannt. Mit dem 1. April 1929 übernahm er als Chef das neugebildete Ministeramt im Reichswehrministerium und wurde kurze Zeit darauf zum Generalleutnant befördert.

Dr. Schägcl

der im 58. Lebensjahr steht, war nach Beendigung seiner juristischen Studien kurze Zeit als Rechtsanwalt tätig, trat aber dann in die bayerische Postverwaltung ein; im Jahre 1923 wurde er als Leiter des Referats Bayerns mit dem Titel „Staatssekretär“ in die Reichspostverwaltung berufen. Im Januar 1927 wurde er Reichspostminister, so daß er in diesem Jahre auf eine fünfjährige Amtszeit zurückblicken konnte. Georg Schägcl gehört der Bayerischen Volkspartei an.

Die Kabinettsbildung im Spiegel der Presse.

Berlin, 1. Juni. Zur Beauftragung Herrn v. Papens mit der Regierungsbildung nehmen verschiedene Berliner Blätter ausführlich Stellung. Die „Börsezeitung“ betont unter Hinweis auf die Persönlichkeiten, die für die Besetzung der einzelnen Ministerien genannt werden, daß es wohl keinen nationalen Deutschen geben werde, der nicht einer solchen Regierung die besten Wünsche mit auf den Weg gebe. In dem jetzt werdenden Kabinetts Papen sei die Fortsetzung zu der Regierung zu sehen, die, fest gestützt durch die ganze nationale Bewegung, durch alle nationalen Parteien und Schichten des deutschen Volkes, berufen sein müsse, unser Vaterland endlich und wirklich besseren Zeiten entgegenzuführen. Der „Tag“ hebt hervor, daß der Reichspräsident in dem neuen Kabinetts

eine „Regierung der nationalen Konzentration“ sehe, womit er aber offenbar nicht eine Zusammenfassung der nationalen Parteien mit einer von diesen Parteien gebilligten Regierung meine, sondern eine Zusammenfassung der Kräfte, die im Rahmen der persönlichen Beziehungen des Reichspräsidenten zur Verfügung ständen. Jedenfalls hätten die Parteien der bisherigen Opposition, also in erster Linie die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, offiziell mit der Bildung dieses Kabinetts nichts zu tun. Der Reichspräsident habe die Entscheidung über den Auftrag an Herrn v. Papen aus eigenem Ermessen getroffen. Die „Börsenzeitung“ bezeichnet die Auswahl des Kanzlerkandidaten als ebenso unglücklich wie die Formulierung des Auftrages, eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden. Unter nationaler Konzentration verstehe man die Zusammenfassung aller Volksschichten. Aber bei solch offenkundiger

Herrmann Freiherr von Lünigk, der erst 39 Jahre alt ist, studierte Rechtswissenschaft und nahm nach Beendigung des Studiums im Jahre 1914 aktiv am Weltkrieg teil. Nach Beendigung des Krieges trat er zur preussischen Staatsverwaltung über, wo er als Regierungsdirektor und Hilfsarbeiter im Innenministerium tätig war. Nach vorübergehender informatorischer Tätigkeit bei den christlichen Gewerkschaften schied Freiherr von Lünigk im Jahre 1923 aus dem Staatsdienst aus und wurde stellvertretender Generalsekretär des Rheinischen Bauernvereins. Er ist Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Präsidialmitglied der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und Landbundes sowie Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates und der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer.

Dr. Karl Goerdeler

der 47 Jahre zählt, trat nach dem Studium der Rechtswissenschaft in den Gerichtsdienst ein, war später informatorisch bei der Bank der preussischen Landschaft und der preussischen Seehandlung zum Studium der bankmäßigen Behandlung des kommunalen Anleihewesens tätig. Er wirkte dann als Assessor und 1912 bis 1920 als Beigeordneter der Stadt Solingen. Nach Beendigung des Krieges, an dem er teilgenommen hatte, wurde er 1920 zweiter Bürgermeister der Stadt Königsberg i. Pr. und 1930 Oberbürgermeister in Leipzig. Im Dezember 1931 wurde er zum Reichskommisssar für Preislenkung ernannt, welches Amt er nach Durchführung der Preislenkungsaktion im April niederlegte.

Dr. Hermann Warmbold

geboren am 21. April 1876, betätigte sich mehrere Jahre als Landwirt und studierte dann Land- und Volkswirtschaft. Er arbeitete als Assistent an verschiedenen Universitätsanstalten und war von 1907 bis 1917 bei wirtschaftlichen Instituten der Landwirtschaft in leitender Stellung tätig. 1917 bis 1919 wirkte er als Professor für Wirtschaftslehre des Landbaues und gleichzeitig als Direktor der württembergischen Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim, um dann als Direktor der Domänenabteilung in das preussische Landwirtschaftsministerium einzutreten, dessen Leitung er 1921 als Minister übernahm. Im gleichen Jahre schied er aus dem Staatsdienst aus und wurde Anfang 1922 Vorstandsmittelglied der badischen Anilin- und Sodafabrik, die später in die I. G. Farben-Industrie aufging. Seitdem gehörte er dem Vorstand dieser Gesellschaft an. Im Oktober 1931 wurde er in das zweite Kabinetts Brünning als Reichswirtschaftsminister berufen, legte aber dieses Amt Anfang Mai dieses Jahres infolge Meinungsverschiedenheiten über die Arbeitszeitfrage und die beabsichtigte Sparprämienanleihe nieder.

Reichstageseinberufung zur Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Berlin, 31. Juni. Der Vorkonferenzrat des Reichstages hat in seiner am Dienstag abend abgehaltenen Sitzung mit Mehrheit dem Reichstagspräsidenten die Vollmacht erteilt, den Reichstag sofort telegraphisch einzuberufen, sobald eine neue Regierung gebildet ist und diese ihre Bereitschaft zur Abgabe einer Regierungserklärung bekundet. Sollte sich die Abgabe einer Regierungserklärung wider Erwarten lange hinausziehen, so würde der Reichstagspräsident den Vorkonferenzrat nochmals zusammenberufen.

ger Tendenz, die die eine Volkshälfte von vornherein aus der Kombination ausschließe, hätte nicht von nationaler Konzentration gesprochen werden dürfen. Es sei zu hoffen, daß es nicht auch im Büro des Reichspräsidenten üblich werde, nur rechtsgerichtete Parteien als national zu bezeichnen. Die „Germania“ schreibt: Wenn Herr v. Papen sich dem Reichspräsidenten in dieser kritischen Situation für eine äußerst verantwortungsvolle Aufgabe zur Verfügung gestellt habe, so sei er sicher einer politischen Gewissenspflicht gefolgt, der er sich nicht zu entziehen vermöchte.

Es sei eine Zwischenlösung gesucht worden, die von den Nationalsozialisten gebilligt würde und von der aus zu gegebener Zeit durch Neuwahlen eine endgültige Klärung angebahnt werden solle. Diese Klärung sei notwendig, denn die jetzt in Angriff genommene Regierungsbildung gebe der gegenwärtigen Krise nicht die Lösung, die allgemein erwartet werde. Die „D. A. Z.“ ist der Auffassung, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die neue Reichsregierung, wenn sie zustande komme,

auf baldige Neuwahlen für den Reichstag angewiesen sein und in diesen Wahlen um ihre Existenz zu kämpfen haben werde. Das Kabinetts von Papen würde nicht die sofortige Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Mitverantwortung bedeuten, sondern diese noch von einem Wahlsieg abhängig machen. Der „Vorwärts“ sagt, dieses Kabinetts mit diesen Männern und diesen Tendenzen und diesen Tendenzen nenne sich nationales Konzentrationkabinetts.

Was hier konzentriert werde, sei nicht die Nation, es seien vielmehr konservativ reaktionäre Kräfte.

Es seien keine, aber mächtige Gruppeninteressen, die überwiegend eine Gefahr für die Interessen des Volkes und seiner Wirtschaft bedeuten würden. Hier werde konzentriert der Wille zum Abbau der Sozialpolitik und mehr als das. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt, daß eine Regierung von Papen nur

als ein Ubergangskabinetts anzusehen sei, dem im wesentlichen die Aufgabe zufallen würde, Neuwahlen durchzuführen, um die Zusammenfassung des Reichstages den tatsächlichen politischen Gegebenheiten anzupassen. Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß auf dem Wege, der jetzt beschritten werde, dem Wohl des Landes und des Volkes auf die Dauer nicht gebietet werden könne. Deshalb müsse man diejenigen, die jetzt die Zeit für einen Kurswechsel für geeignet hielten, bei ihrem Vorhaben unter sich lassen.

Sie müßten sich mit denen, die ihnen das Experiment erlaubt hätten, in die Verantwortung teilen.

Der „Börsenzeitung“ schreibt zur Betrauung von Papens, es sei selbstverständlich, daß dieses Kabinetts nur als Ubergangslösung zu betrachten sei. Die Hauptaufgabe der neuen Regierung werde sein, den Reichstag aufzulösen, um durch Neuwahlen klare Rechtsverhältnisse zu schaffen. Die Berechtigung dieser nationalsozialistischen Forderung werde zweifellos auch von den jetzt an der Regierungsbildung beteiligten Parteien eingesehen, ebenso die schnellste Aufhebung des SA-Verbotes. — Alfred Rosenberg tritt in einem Artikel, der sich mit den Angriffen gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg beschäftigt, die Hoffnung aus, daß der Reichspräsident nunmehr entschlossen mit der erwachenden deutschen Nation gehe und mit Adolf Hitler jenes Bündnis schließe, das notwendig sei zur Rettung des deutschen Volkes.

Kombinationen um Staatsrat Schäffer.

München, 1. Juni. Staatsrat Schäffer, der Leiter des bayerischen Finanzministeriums, ist heute früh in Berlin eingetroffen. Er hat sich nach Rücksprache in der bayerischen Gesandtschaft in den Reichstag begeben, um mit der Fraktion der Bayerischen Volkspartei und auch mit dem Zentrum Führung zu nehmen. In den in Berlin verbreiteten Gerüchten, daß Staatsrat Schäffer für einen Ministerposten in der neuen Reichsregierung angetraut sei, erklärt die Münchner Zeitung aus Berlin, daß es sich hierbei nur um Kombinationen handeln könne und daß Staatsrat Schäffer selbst von solchen Absichten nichts bekannt sei. Auch Reichspostminister Dr. Schägcl sei in der veröffentlichten Ministerliste des Kabinetts von Papen ohne sein Wissen und ohne seinen Willen angeführt worden. Es hänge erst von den Entscheidungen der Bayerischen Volkspartei ab, ob diese sich überhaupt an dem neuen Reichskabinetts beteiligen werde.

Die Londoner Blätter zur Betrauung von Papens.

London, 1. Juni. Die Londoner Presse beschäftigt sich eingehend mit den politischen Vorgängen in Deutschland. Sie ist fast durchweg der Auffassung, daß

das Kabinetts von Papen nur als Ubergangskabinetts betrachtet werden kann und daß Neuwahlen im Reich unvermeidlich geworden sind.

Die Person des neuen Reichskanzlers erregt allgemeine Aufmerksamkeit. Seine Fähigkeiten werden nicht bestritten, gleichzeitig aber erinnert die englische Presse an seine enghandige Betätigung im Weltkrieg, die er als Militärattache in Washington ausgeübt habe. Der „Times“-Berichterstatter bemerkt, daß sich die Lage in Deutschland zusehends verschlechtere, so daß bald die Handlung notwendig werde. „Daily Telegraph“ schreibt, die meisten der neuen Minister seien alte oder geheime Monarchisten. Nicht ein einziger könne ein Demokrat genannt werden. Das Blatt glaubt jedoch,

daß das neue Kabinetts nur dazu da sei, um Deutschland in Lausanne zu vertreten, anschließend den Reichstag aufzulösen und dann in der Vertagung zu verschwinden.

„Daily Express“ spricht ebenfalls von einer Zwischenlösung. Sie werde in Lausanne erklären, daß Deutschland keinen Pfennig mehr bezahlen könne. Im übrigen sei es lediglich

das Vorspiel zur Nachkriegsregierung durch die Nationalsozialisten, denn es bestehe kein Zweifel, daß die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten bei den kommenden Wahlen bedeutend gewinnen würden. Hitlers kommender Sieg werde bereits seine Schatten voraus.

Pariser Phantasien.

Paris, 1. Juni. Die innerpolitischen Ereignisse in Frankreich lassen die Regierungsbildung in Deutschland wenig in den Hintergrund treten. Die großen Blätter, die der Betrauung von Papens einige Ausführungen widmen, sind der Auffassung, daß es sich nur um ein Ubergangskabinetts handle, das im Herbst nach der Ausschreibung von Neuwahlen den Nationalsozialisten Platz machen und sich vorläufig darauf beschränken werde, einen Ubergang zu schaffen. Perinat bezeichnet im „Echo de Paris“

die neue Reichsregierung als ein Militärkabinetts, das von der Leidenschaft zur Renuche getragen sei (!).

Wenn Frankreich vor den Männern des 31. Mai den klaren Blick wiederfinde, so könne die Befriedigung Europas aus dem Sturz der Regierung Brüning nur Nutzen ziehen. Der „Petit Parisien“ meint, die neue Regierung sei dazu bestimmt, die Verbindung zwischen der Politik Brüning und derjenigen Hitlers herzustellen und sei nur deshalb gebildet worden, um in Paris, London und Washington zu beruhigen und eine Vertagung der Lausanner Konferenz zu vermeiden. Die „Ere nouvelle“, das Organ Herriots, schreibt, daß Weimarer und republikanische Deutschland habe einen Schlag erhalten, von dem seine Gegner erhofften, daß es nicht so bald wieder erholen werde. Es handle sich hierbei um eine sehr schwerwiegende Tatsache. Unter diesen Umständen jalle Frankreich nur die eine Pflicht zu, ohne seine Kaltblütigkeit und die bisherigen Entschlüsse aufzugeben, auf seinen Rechten zu bestehen, auf die es im Interesse des Friedens nicht verzichten könne.

Amerikanische Betrachtungen.

New York, 1. Juni. Während „New York Times“ die Beauftragung von Papens mit der Bildung eines Kabinetts nicht kommentiert, schreibt „New York Herald Tribune“: Die Beauftragung von Papens sei ebenfalls überraschend wie die Nennung der Namen Neurath, Goerdeler und Schleicher, der verantwortlichen sei für die reaktionäre Einstellung Hindenburgs. Ein solches Kabinetts sei selbstverständlich ein Schleicher- oder Militärkabinetts, das nur schlecht durch eine nationale Koalition verhüllt